

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Hamburg, 3.08.23

Bezirksamt ignoriert Vorgaben des Zukunftskonzepts Wildgehege Klövensteen

Mit der einstimmigen Verabschiedung des „Zukunftskonzepts Wildgehege Klövensteen“ durch die Bezirksversammlung Altona im Juni dieses Jahres schien der Weg frei zu sein für dessen praktische Umsetzung. Die beiden Bürgerbegehren „Rettet das Wildgehege“ und „NaturErleben Klövensteen“ hatten sich mit der Bezirkspolitik auf diesen Kompromiss geeinigt, um das Naherholungsgebiet vor einer kommerziellen Nutzung zu bewahren. Umso mehr erstaunt das aktuelle Vorgehen des Bezirksamtes. Bei der letzten Sitzung des Hauptausschusses Mitte Juli legte das Amt ein Papier zur Abstimmung vor, das dem verabschiedeten „Zukunftskonzept“ in mehreren Punkten zuwiderläuft. So soll die Zahl der Stellplätze auf dem Parkplatz von 130 auf 150 erhöht werden. Weiterhin ist geplant, den Spielplatz von derzeit 2.000 auf 5.000 m² zu vergrößern. Eine Mehrheit von GRÜNEN, CDU und FDP beauftragte das Amt, die weiteren Planungen entsprechend dieser Vorgaben fortzusetzen.

„Die vom Amt vorgelegten Planungen zum Parkplatz und zum Kinderspielplatz widersprechen dem Zukunftskonzept“, erklärte Karsten Strasser, Vorsitzender der Fraktion Die Linke Altona. Im Zukunftskonzept heißt es explizit unter Ziffer 14: „Der Parkplatz wird nicht vergrößert.“ Zum geplanten Spielplatz führt das „Konzept“ aus: „Der Spielplatz wird vom Sandmoorweg auf die Fläche hinter dem Irmgard-Greve-Haus verlegt und auf einer Fläche von ca. 2.000 m² naturnah als Natur-Erlebnis-Raum gestaltet.“ Von einer Vergrößerung auf 5.000 m² ist dort nicht die Rede.

Besonders kritisierten die Vertrauensleute der beiden Bürgerbegehren, dass sie nicht vorab über die Pläne der Bezirksverwaltung informiert wurden. Laut „Zukunftskonzept“ (Ziffer 17) sollen die Beteiligten rechtzeitig über Planungen informiert und an deren Umsetzung beteiligt werden. Karsten Strasser: „Es scheint so, als ob sich das Bezirksamt nicht wirklich an das Zukunftskonzept gebunden fühlt und glaubt, die Vertrauensleute bei ihren Planungen übergehen zu können. Das ist schlechter Stil und Politik nach Gutsherrenart.“